

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 86 (1995)

Heft: 24

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Politik und Gesellschaft Politique et société

Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung

(eved) Der Bundesrat hat die Verordnung über die Abgeltung von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung erlassen und auf den 15. November 1995 in Kraft gesetzt. Die Verordnung enthält die Ausführungsbestimmungen zum neuen Artikel 22 des Wasserrechtsgesetzes. Dieser sieht vor, dass der Bund finanzielle Einbussen abgibt, die Gemeinwesen wegen einer aus Natur- und Landschaftsschutzgründen unterbliebenen Wasserkraftnutzung erleiden. Die Abgeltungsregelung ist ein Ergebnis der langjährigen Diskussionen über einen möglichen Ausgleich zwischen Nutzung und Schutz der Gewässer. Sie wurde im Rahmen der Revision des Gewässerschutzgesetzes eingeführt.

Die Verordnung behält den Anspruch auf Abgeltung den wasserzinsberechtigten Gemeinwesen vor. Voraussetzung ist eine effektiv realisierbare Nutzungsmöglichkeit in einer schützenswerten Landschaft von nationaler Bedeutung sowie die Verpflichtung des berechtigten Gemeinwesens, für den Schutz dieser Landschaft besorgt zu sein. Die Einbussen werden anhand des entgangenen Wasserzinses, einer Pauschale für weitere Ausfälle sowie der wirtschaftlichen Realisierungswahrscheinlichkeit der unterbliebenen Wasserkraftnutzung ermittelt und abgestuft nach der Finanzkraft der anspruchsberechtigten Gemeinwesen in jährlichen Beträgen während der Dauer von 40 Jahren abgegolten.

Stromgrenzen fallen

(sl) Die Jahrzehnte bestehenden Stromgrenzen in Europa geraten in Bewegung: Seit September 1995 ist Deutschland endgültig elektrisch vereinigt. Damit gehören die ost-deutschen Stromversorger zum westeuropäischen Stromverbundnetz (UCPTE-Netz). Am 18. Oktober 1995 wurden auch die vier Centrel-Länder Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn an das Westnetz synchron angeschlossen.

In Europa sichern drei voneinander unabhängige Verbundsysteme die Versorgung mit Elektrizität: Neben dem westeuropäischen Netz (UCPTE) sind das der Verbund skandinavischer Stromversorger (Nordel) und das osteuropäische Netz VES, zu dem zwei Bereiche gehören. Sie versorgen den europäischen Teil der früheren Sowjetunion und die übrigen osteuropäischen Staaten mit Strom. Albanien, Grossbritannien, Irland und die

Türkei gehören keinem Verbundnetz an. Bei Bedarf kann über Gleichstromkupplungen zwischen den Verbundsystemen Strom ausgetauscht werden.

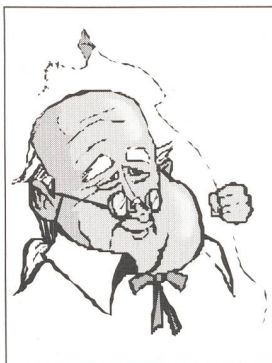
Bundesrat unterzeichnet IAEO-Konvention über die Sicherheit der Kernanlagen

(eved) Der Bundesrat hat beschlossen, die Konvention über die Sicherheit der Kernanlagen zu unterzeichnen, die 1994 unter der Leitung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) erarbeitet worden ist. Zudem hat er der Bundesversammlung vorgeschlagen, die Konvention zu ratifizieren. Bis Ende August 1995 wurde die Konvention von 59 Staaten unterschrieben und von 8 ratifiziert.

Die Entstehung der Konvention ist auf die Tschernobyl-Katastrophe von 1986 zurückzuführen. Diese machte deutlich, dass eine Kodifizierung der grundlegenden Prinzipien der nuklearen Sicherheit auf internationaler Ebene nötig ist.

Die Konvention über die Sicherheit der Kernanlagen ist nur auf zivile Kernkraftwerke zur Stromerzeugung anwendbar. Sie umfasst Grundsätze, die auf den weltweit anerkannten Sicherheitsprinzipien der

Gastkolumne

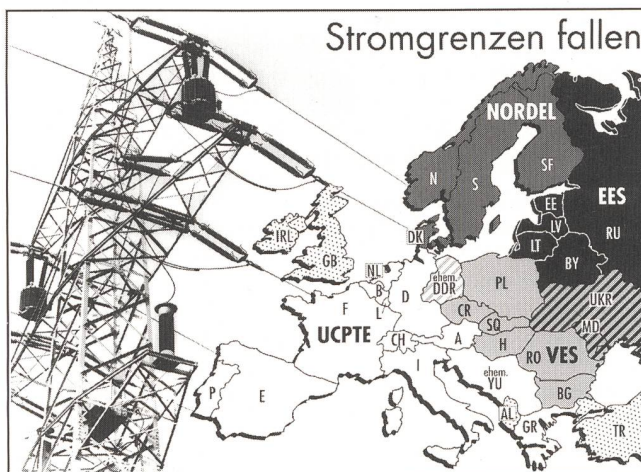


B. Frankl

«Viel Wind»

Das Jahr neigt sich dem Ende zu, und bald werden sich die Medien wieder zerreißen über die energie-wirtschaftlichen Daten des Kalenderjahrs. Insbesondere bei der Stromverbrauchs-Zuwachsrate, die diesmal über 1% liegen wird, kann man sich auf die vielfältigsten Interpretationen gefasst machen. Viele Journalisten werden ihre Schlagzeilen von der «Stromschwemme» vom letzten Jahr vergessen und eine neue Story finden. Dass 1994 eigentlich eine «Wasserschwemme» war, werden auch die neuesten Zahlen wieder aufzeigen. In jedem Fall können die Produktionsergebnisse eines einzelnen Jahres keinen Aufschluss für die langfristige Planung einer eigenständigen Stromversorgung geben. Da halte ich mich lieber an die kürzlich von der Schweizer Elektrizitätswirtschaft erstellte «Vorschau 95» oder lasse meinen Drachen steigen, um zu sehen, wohin der Wind weht.

B. Frankl



Stromverbundnetze Europas: Ostdeutschland ist seit September in der UCPTE; die vier Centrel-Länder Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn sind seit Oktober am Westnetz angeschlossen (Quelle: VDEW).

IAEO basieren. Die Flexibilität der Bestimmungen der Konvention erlaubt, sich ständig an die neusten Konzepte und Techniken der nuklearen Sicherheit anzupassen.

Die Konvention sieht periodische Konferenzen vor, an

denen die Vertragsparteien Berichte über die Einhaltung der Konvention in ihrem Staat vorlegen. Die Berichte werden geprüft und diskutiert; die Schlussfolgerungen werden veröffentlicht.

In seiner Botschaft an das Parlament weist der Bundesrat darauf hin, dass die Schweiz bereits über die notwendigen gesetzlichen Grundlagen und Verwaltungsstrukturen verfügt, um die Konvention anzuwenden und die aus ihr sich ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Die IAEA in Wien ist eine autonome UNO-Organisation. Sie wurde 1957 gegründet und zählt heute 120 Mitgliedsländer. Sie ist dafür besorgt, dass die Kernenergie den Frieden, die Gesundheit und den Wohlstand der Weltbevölkerung fördert.

Nagra-Sondiergesuch: Expertengutachten

(eved) Die Gutachten der Sicherheitsbehörden des Bundes zum Gesuch der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) um Bewilligung von Sondierarbeiten in Benken (ZH) liegen vor. Die Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) und die Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) kommen zum Schluss, dass die Bewilligung mit einer Reihe von Auflagen erteilt werden kann. Zum gleichen Schluss kommt auch das von der HSK beauftragte Geologengremium, die Kommission Nukleare Entsorgung (KNE). Zusammen mit der Stellungnahme der Nagra werden die Gutachten nun öffentlich aufgelegt.

Zweck der geplanten Sondierarbeiten ist es, im Hinblick auf die Endlagerung von hochaktiven und langlebigen mittelaktiven Abfällen den Nachweis eines geeigneten, genügend grossen Volumens aus Opalinuston im Gebiet des Zürcher Weinlandes zu erbringen. Es

geht dabei nicht um den Bau eines Endlagers am Standort Benken, sondern um eine Eichbohrung.

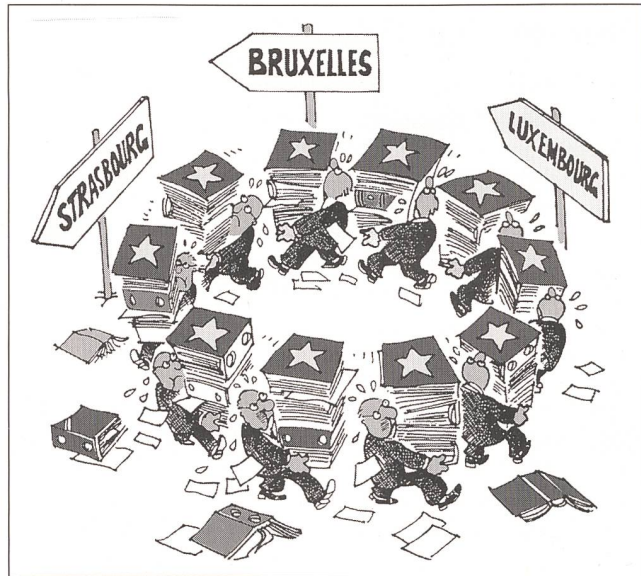
Sondages de la Cedra à Benken: rapports d'expertise

(dftce) Les autorités fédérales de sécurité ont rendu leurs rapports d'expertise sur la requête de la Société coopérative nationale pour l'entreposage des déchets radioactifs (Cedra), qui souhaite procéder à des forages exploratoires à Benken (ZH). Tant la Division principale de la sécurité des installations nucléaires (DSN) que la Commission fédérale de la sécurité des installations nucléaires (CSA) recommandent l'octroi de l'autorisation demandée, en y attachant toutefois plusieurs obligations. C'est aussi l'avis du collège de géologues, la Commission pour la gestion des déchets radioactifs (CGD) mandatée par la DSN. Ces rapports sont mis à l'enquête publique en même temps que la réponse de la Cedra aux oppositions.

Les sondages ont pour but de prouver l'existence, en vue du stockage final de déchets fortement radioactifs ou moyennement radioactifs mais de longue durée, d'une masse d'argile à opalines appropriée et suffisamment grande dans la région du Weinland zurichois. Il ne s'agit pas de construire un tel dépôt à Benken, mais de procéder à un forage de calibration.

Kanada: «Ja» zu Endlager Deep River

(sva) Über 70% der stimmenden Einwohner von Deep River in der kanadischen Provinz Ontario haben sich für den Bau eines Endlagers für schwachradioaktive Abfälle ausgesprochen. Das Projekt Deep River sieht 14 Kavernen im kambrischen Granitgestein rund 150 Meter unter der Erde vor und soll zwischen 200 und 400 Millionen kanadische Dollars kosten.



«Bruxelles» veut améliorer l'efficacité énergétique.

Front commun gaz-électricité à Bruxelles

(ep) Le fossé se creuse entre les électriciens et les gaziers d'un côté, et la Communauté européenne de l'autre. Bruxelles vient d'approuver une nouvelle directive visant à mieux planifier le secteur énergétique, mais qui suscite les plus vives réticences des professionnels de l'énergie.

Sur proposition de Christos Papoutsis, commissaire européen en charge de l'Energie, l'exécutif communautaire vient d'approuver, dans le cadre du programme SAVE, une proposition de directive visant à introduire de nouvelles technologies de planification dans le secteur de la distribution du gaz et de l'électricité.

Son objectif est d'améliorer l'efficacité énergétique, ainsi que de réduire les coûts et de diminuer les émissions de gaz carbonique. Ce projet fait notamment obligation aux distributeurs de procéder à une analyse systématique des profits économiques que pourraient entraîner des investissements de maîtrise de la demande.

Cette proposition a provoqué l'opposition immédiate d'Eurelectric et d'Eurogas, les associations représentatives

des électriciens et des gaziers de l'Union européenne. Eurelectric a d'ores et déjà annoncé qu'elle allait élaborer un argumentaire pour répondre point par point à la Commission. Eurelectric relève que la directive ne tient aucun compte des différences de structures du secteur électrique d'un pays à l'autre.

EU-Parlament hält an Kernenergie fest

(sva) Während einer Plenarsitzung in Strassburg hat sich das Europäische Parlament am 10. Oktober 1995 nach einer hitzigen Debatte mit 198 zu 170 Stimmen für eine weitere Verwendung der Kernenergie in Europa ausgesprochen. Anträge von deutschen Sozialisten, die einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Kernenergie verlangt hatten, wurden verworfen. Das Europäische Parlament anerkannte den Beitrag der Kernenergie zur CO₂-Reduktion, aber auch die Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedstaates, seine Energiequellen selbst zu bestimmen. Es forderte Verbesserungen der Sicherheit von Kernanlagen, besonders in Zentral- und Osteuropa. Zudem rief es die Europäische Kommission auf, die Kernforschung zu fördern,

Stromverbände weltweit

Internationale Union der Erzeuger und Verteiler elektrischer Energie (Unipede)

(un/m) Die Unipede ist ein im Jahr 1925 gegründeter Berufsverband. Als handelnde Kraft vertritt sie die Interessen der Stromwirtschaft; als Sammelbecken der Kenntnisse ist sie der Ort, wo Untersuchungen und andere Arbeiten über stromwirtschaftliche Themen durchgeführt werden; als Managerforum ist sie Ort der Begegnung, wo Gedanken und Erfahrungen ausgetauscht und Strategien erarbeitet werden.

Adresse:

Unipede

28, rue Jacques Ibert
F – 75858 Paris Cedex 17
Frankreich

Tel.: +33 140 425548

Fax: +33 140 426052

Elektrizitätsrat der GUS

Infolge der politischen Veränderungen in Osteuropa und Asien gründete im Februar 1992 die damals elf Mitglieder umfassende Gemeinschaft Unabhängiger Staaten einen Rat

auf Regierungsebene, den Elektrizitätsrat der GUS (Elektroenergeticheskij Sovjet Sojuz Nezavisimyh Gosudarstv).

Adresse:

Ispolnitel'noy Komitet
Elektroenergeticheskogo
Sovieta SNG

Kitaigorodsky proyezd 7

RU – 103074 Moskau

Tel.: +7 095 220 5551

Fax: +7 095 292 7989

Vereinigung der Elektrizitätswirtschaft Ostasiens und des Westpazifiks (AESIEAP)

Die AESIEAP ist eine nicht-staatliche Gebietsorganisation, die im Anschluss an den ersten Fachkongress der Stromwirtschaft Südasiens und des Westpazifiks im Jahr 1975 spontan gegründet worden ist. Sie ist als Gesellschaft in Hongkong eingetragen und arbeitet gemäss einer formell verabschiedeten Satzung.

Adresse:

AESIEAP

c/o Tenaga Nasional

Berhard (TNB), 4th Floor –

Generation Building

No 129, Jalan Bangsar

59200 Kuala Lumpur

Tel.: +60 3 282 55 66

Fax: +60 3 28210 73

Arabische Union der Erzeuger, Übertrager und Verteiler von Elektrizität (AUPTDE)

Die AUPTDE wurde am 1. Januar 1987 gegründet. Sie hat ihren Sitz in Amman, der Hauptstadt des haschemitischen Königreichs Jordanien.

Adresse:

AUPTDE

P.O. Box 2310

JO – Amman

Jordanien

Tel.: +962 6 815 615/20

Fax: +962 6 818 336

USA: Edison Electric Institute (EEI)

Das Edison Electric Institute ist die nationale Vereinigung der privaten Stromversorgungsunternehmen. Es umfasst rund 190 Unternehmen und deren Kunden in den gesamten Vereinigten Staaten. Die im EEI zusammengeschlossenen Unternehmen liefern mehr als drei Viertel der Stromerzeugung des Landes.

Adresse:

Edison Electric Institute

701 Pennsylvania Avenue

N.W.

US – Washington

DC 20004-2696

USA

Union der Erzeuger, Übertrager und Verteiler elektrischer Energie in Afrika (UPDEA)

Die UPDEA wurde im Mai 1970 als internationale Vereinigung gegründet.

Adresse:

UPDEA

Boîte postale 1345

Abidjan 01 (Elfenbeinküste)

Tel.: +22 5 32 64 33

Fax: +22 5 33 12 10

Telex 23483

Südamerika: Kommission für regionale Elektrizitätsintegration (CIER)

Im Jahr 1954 haben die Verantwortlichen der Stromwirtschaft Uruguays angesichts der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Ländern Südamerikas einen Kongress einberufen, der die Vertreter der in der öffentlichen Stromversorgung tätigen Unternehmen und Organisationen vereinigte.

Adresse:

CIER, Bulevar Artigas 1040

UY – 11300 Montevideo

Uruguay

Tel.: +598 2 79 53 59 – 79 0611

Fax: +598 2 78 3193

namentlich in den Bereichen neue fortgeschrittene Kernreaktortypen, Behandlung radioaktiver Abfälle, Abfallverglasung, Rückführung von Plutonium durch die Verwendung von Mischoxyd-Brennelementen sowie Kernfusion. Energiekommissar Christos Papoutsis sagte dazu: «Die Kernenergie ist für die Hälfte der europäischen Mitgliedstaaten eine wesentliche Quelle. Also können wir sie nicht verwerfen».

Moskau verbietet Stromabschaltung für Militärobjecte

(m) Die russische Regierung hat den Energiebetrieben ausdrücklich untersagt, den Strom für Militärbasen abzuschalten.

Diese Massnahme folgte nach einer Serie von Zwischenfällen durch Abschaltungen wegen nicht bezahlter Stromrechnungen.

Stromeinspeisungsgesetz verfassungswidrig

(sl) Die deutschen Stromversorger begrüßen die Entscheidung des Landgerichts Karlsruhe vom 29. September 1995, das Stromeinspeisungsgesetz dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen. Damit bestätigt das Landgericht die verfassungsrechtlichen Bedenken der Stromversorger. Das Landgericht Karlsruhe ist von der Verfassungswidrigkeit des Stromeinspeisungsgesetzes

überzeugt. Der Musterprozess der Badenwerk AG, Karlsruhe, wurde deshalb ausgesetzt. Damit muss das Bundesverfassungsgericht direkt über die Verfassungsmässigkeit des Stromeinspeisungsgesetzes entscheiden.

Positiver Trend auf dem Arbeitsmarkt für Ingenieure

(vdi) Rund 20 000 Stellen für Ingenieurinnen und Ingenieure wurden im ersten Halbjahr 1995 durch Anzeige in deutschen Zeitungen und Fachzeitschriften angeboten. Das sind 4500 oder 30% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Damit zeichnet sich weiterhin eine positive Entwicklung

ab, die durch die ansteigende Konjunktur in Europa im zweiten Halbjahr 1994 eingeleitet worden war. Spürbar bleiben jedoch auch die Konsequenzen von Lean Production und Lean Management für die Arbeitsplätze. Einige Firmen bauen weiter Personal ab.

China will Kernkraftleistung verzehnfachen

(d/m) China will die Kapazität seiner Kernkraftwerke bis zum Jahr 2020 um nahezu das Zehnfache auf 20 000 MW steigern. In den nächsten vier Jahren sollen vier neue Kernkraftwerke gebaut werden. Zurzeit hat die Volksrepublik China 2100 MW Kernkraftleistung.